

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

## Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport – am 19.01.2012 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Ria von Schrötter

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Carola Hartfelder

Frau Gabriele Schröder

Herr Peter Dunkel

bis 18.10 Uhr

Herr Felix Thier

Herr Lutz Lehmann

Frau Karola Andrae

Herr Andreas Noack

#### **Sachkundige Einwohner**

Herr Bert Lindner

#### **Verwaltung**

Herr Peer Giesecke, Landrat

Herr Horst Bührendt, Dezernent V

Herr Karsten Dornquast, Leiter Amt für Bildung u. Kultur

Frau Grit Pieper, Leiterin Amt für Finanzen u. Personal

Herr Andreas Weiher, Leiter Bauamt

Frau Christiane Spalek, Leiterin Hauptamt

Herr Winfried Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes

Herr Andreas Hüttner, Leiter Kreismusikschule

Frau Rosel Kühne, Sachgebietsleiterin Hochbau u. Liegenschaften

Frau Andreas Staeck, Leiterin Volkshochschule

Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum

Frau Margret Hornung, Verwaltungsleiterin OSZ Teltow-Fläming

Herr Silvio Fischer, Leiter des Museum des Teltow

Frau Andrea Piechatzeck, Teamleiterin Schulverwaltung

## **Entschuldigt fehlten:**

### **Sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Buch  
Frau Nancy Rätsch

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

- - - - -

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2011
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2012
- 5 Sonstiges

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden**

Frau von Schrötter begrüßt die Anwesenden und besonders den Landrat ganz herzlich. Sie erklärt, Herr Giesecke hat sich in Anbetracht des heutigen Tagesordnungspunktes „Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2012“ angeboten, dem Ausschuss noch einige Informationen zu geben sowie für Nachfragen zur Verfügung zu stehen. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2011**

Es liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll der Sitzung vom 24.11.2011 gilt somit als angenommen.

#### **TOP 3**

#### **Beschlusskontrolle**

Es liegen keine offenen Themen vor.

## **TOP 4**

### **Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2012**

Frau von Schrötter weist auf die Anwesenheit der Vertreter der Fachämter hin, an die konkrete Nachfragen zum Haushaltsentwurf 2012 gestellt werden können. Sie übergibt Herrn Giesecke das Wort.

Herr Giesecke führt aus, dass der Haushalt in diesem Jahr ausgeglichen ist. Der Landkreis muss in Zukunft nicht nur mit ausgeglichenen Haushalten, sondern sogar mit positiven Ergebnissen die Haushaltsjahre abschließen, um die Defizite aus den Vorjahren abzubauen. Damit hat der Landkreis Teltow-Fläming keine einzigartige Stellung im Land Brandenburg, es ging 2011 allen Landkreisen so. Es ist auch nicht zu erwarten, dass sich die Haushaltssituation der Landkreise im Land Brandenburg in den nächsten Jahren ändern wird, was eine strenge Kostenkontrolle bedeutet. Weiter erläutert Herr Giesecke, die Einsparungen betreffen alle Bereiche, natürlich auch die freiwilligen Aufgaben. Insofern ist dieser Ausschuss auch in besonderer Form betroffen. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Haushalt 2011 vom Innenministerium nicht genehmigt wurde. Somit wurde die Erhöhung der Kreisumlage um 1 % nicht wirksam. Die Kommunen, die schon anteilig bezahlt haben, müssen das Geld wiederbekommen, was natürlich das Defizit noch einmal um 1,4 Mill. € erhöht. Als tragisch sieht er, dass die von diesem Ausschuss beschlossene Unterstützung von Vereinen im kulturellen und sportlichen Bereich nicht ausgezahlt werden kann, was den Vereinen mitgeteilt werden muss. Herr Giesecke trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, die Kommunen zu bitten, einen Teil dieses Geldes – 1,4 Mill. € bekommen sie zurück und ca. 200 000 € fallen an Förderung an – den Vereinen als Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Zum Sparprogramm gehört auch, dass die Pflichtaufgaben überprüft werden, indem man Leistungen billiger macht oder auf Leistungen ganz verzichtet. Er schätzt ein, dass diese Maßnahmen natürlich nicht ohne Auswirkungen bleiben, was aber der Landkreis politisch aushalten muss. Wichtig ist, dass alle Anstrengungen unternommen werden, die angedachten Sparmaßnahmen in die Praxis umzusetzen. Herr Giesecke macht den Abgeordneten ein Kompliment für die Unterstützung der Verwaltung bei diesem Sparprogramm.

Frau Hartfelder interessiert die Meinung der Kommunalaufsicht bei dem Vorhaben, die Gemeinden zu bitten, das Geld an die Vereine zu zahlen. Ihr ist bekannt, dass bis zum 15.12. die Kommunen und die Vereine ihre Haushaltsrechnungen erledigt haben sollen.

Herr Giesecke antwortet, wenn die Kommunen beschließen, bestimmten Vereinen die Förderung auszuzahlen, dann ist es ein aktueller Beschluss aus dem Jahr 2012 und als Deckung kann das rückfließende Geld vom Landkreis angegeben werden.

Herr Noack erinnert an die Aussage im Ausschuss, dass selbst bei nicht genehmigtem Haushalt aufgrund des Gewohnheitsrechtes den Vereinen das Geld ausgezahlt werden kann. Er glaubt nicht, dass es den Kommunen leicht fallen wird, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Herr Giesecke bemerkt, wenn die Gemeinden von der hohen Summe, die sie vom Landkreis zurückerhalten, diese relativ geringe Summe für die kulturellen und sportlichen Projekte finanzieren, dann besteht für die Gemeinden immer noch ein hohes finanzielles Plus. Weiter berichtet er, die Auskunft zum Gewohnheitsrecht bei der Förderung erteilte vor einigen Jahren das Innenministerium. Diese Aussage hat das Innenministerium aber nicht schriftlich gegeben. Daher erhielten die Vereine vorläufige Zuweisungsbescheide mit der Zusage der Auszahlung der Förderung bei Genehmigung des Haushaltes. Durch die Nichtgenehmigung kann nun keine Förderung vorgenommen werden.

Frau Pieper erklärt, die Kreisumlage wurde an die Gemeinden noch nicht zurückgezahlt. Die Handhabung ist noch nicht festgelegt.

Frau von Schrötter fasst zusammen, eine Förderung der Vereine muss stattfinden, da die Projekte auch schon durchgeführt wurden.

Sie bittet die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung über den Beschluss:

**„Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Kreistages Teltow-Fläming empfiehlt nachdrücklich, die Kommunen zu bitten, aus den nunmehr durch den Landkreis zurück zu zahlenden anteiligen Beträgen der Kreisumlage, die Zuwendungen an die Träger kultureller und sportlicher Projekte und Maßnahmen für das Jahr 2011 auszu zahlen.“**

**Ja-Stimmen: 6    Nein-Stimmen: 1    Enthaltungen: 1**

Damit bittet der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport die Verwaltung, so zu verfahren.

Frau von Schrötter bittet Herrn Dornquast zum Haushaltsplanentwurf 2012 für den Bereich der Zuständigkeit des Ausschusses eine kurze Zusammenfassung zu geben.

Herr Dornquast führt aus, dass seit diesem Jahr der Bereich „Sport“ zum Amt 40 gehört und somit zusätzlich eine Tischvorlage vorliegt. Die Schulen sind der wesentlich größere Teil der finanziellen Ansätze. Das Amt 40 hat sich an die in den letzten Jahren bewährten Richtbeträge pro Schüler je Bildungsgang und Schulform gehalten. Diese Zahlen sind in den einzelnen Produktkonten aufgeführt. Hinter den aktuellen Zahlen ist ausführlich und prägnant die Begründung aufgeführt. Weiter erläutert er, ein weiterer Abschnitt sind die sonstigen schulischen Aufgaben, wie die Erstattung der Schulkosten im Landkreis, die Erstattung der Schulkosten an andere Landkreise. Natürlich ist auch die Schülerbeförderung aufgeführt mit einer Größenordnung von 7.000 Fahrschülern. Weiter aufgeführt ist der Bereich der freiwilligen Aufgaben. Die Leiter der Einrichtungen sind anwesend und stehen bei Nachfragen zur Verfügung. Herr Dornquast bittet, die Fragen zu den Einzeleinrichtungen oder zu den generellen Ansätzen in die Diskussion einzubringen.

Herr Thier stellt Fragen zu den Aufwendungen für Bürobedarf am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde, zu den Aufwendungen für Kosten des Mittagstisches der Förderschule „Lernen“ Ludwigsfelde, den Kosten für Schulimpfungen am Oberstufenzentrum sowie den Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke des Wohnheimes für Auszubildende. Diese Fragen werden von Frau Piechatzeck und Herrn Dornquast ausführlich beantwortet.

Für Frau Andrae sind alle Dinge, die Schule betreffen, Pflichtaufgaben, an denen nicht gespart werden sollte. Sie interessiert, was bisher in Bezug auf die „Neue Galerie“ unternommen wurde. Weiter erinnert sie, dass im vorhergehenden Ausschuss über die Trägersuche für das Schullandheim Dobbrikow gesprochen wurde. Sie kann aber nicht erkennen, dass dazu Gespräche aufgenommen wurden. Im aktuellen Haushaltsplan ist keine Reduzierung in diesem Bereich erkennbar. Weiter fragt sie, ob der Landkreis sich das Museumsdorf Glas- hütte leisten muss. Sie regt an, diesbezüglich an die Stiftung „Schlösser und Gärten“ in Potsdam heranzutreten. Sie schlägt auch eine Reduzierung der Höhe der Zuwendungen für den Kreissportbund vor. Auch sollte darüber nachgedacht werden, ob es die Aufgabe des Landkreises ist, eine Fahrbibliothek zu unterhalten.

Herr Giesecke weist darauf hin, dass über die Abschaffung bzw. Weiterführung von freiwilligen Aufgaben die Abgeordneten entscheiden. Die Kommunalaufsicht kann im Rahmen ihrer Prüfung nur Hinweise geben. Zu den Bemerkungen in Bezug auf die freiwilligen Aufgaben von Frau Andrae erinnert er daran, dass von der Verwaltung vorsorglich der Mietvertrag für die „Neue Galerie“ in Wünsdorf gekündigt wurde, die Auswirkungen sind allen bekannt. Die Verwaltung kann nur Empfehlungen geben. Die Entscheidung, welche freiwilligen Aufgaben der Landkreis in Zukunft noch haben wird, wird Aufgabe der Abgeordneten sein. Kurz vor der

Etablierung der AG „Kreishaushaltskonsolidierung“ sollten nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden. Ob und in welchem Umfang der Kreis das Museumsdorf Glashütte weiterführen wird, muss der Kreistag diskutieren. Herr Giesecke glaubt aber nicht, dass das Museumsdorf in die Stiftung „Schlösser und Gärten“ passt. Zum Bücherbus stellt er sich die Frage, ob dieser im 21. Jahrhundert noch zeitgemäß ist.

Er fasst zusammen, die Diskussion über die Aufgaben ist ein Thema, das die Verwaltung und die Abgeordneten in diesem Jahr beschäftigen wird. Mit diesem Haushaltsentwurf wurde ein Haushalt vorgelegt, der ausgeglichen ist. Die Verwaltung muss in Zukunft zu weiteren Einsparungen kommen, um die Schulden abzubauen.

Da Frau Andrae auch die Zuwendungen für die Ringer angesprochen hat, berichtet Herr Giesecke abschließend, dass von den Abgeordneten der Wunsch herangetragen wurde, die Ringer aus der allgemeinen Sportförderung herauszunehmen. Es soll eine Konkurrenz zu den Vereinen im Breitensport vermieden werden. Von der Verwaltung ist geplant, einen Vertrag mit dem 1. LSC zu entwerfen, in dem geregelt ist, für welche Bereiche das Geld verwendet werden soll. Dieser Vertrag soll auch deutlich machen, dass die Förderung des Ringkampfsportes durch den Landkreis präsenter wird. Wenn dieser Vertrag rechtlich geprüft ist, wird er sowohl in diesem Ausschuss als auch im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt. Die Mittel sind erst frei, wenn der Kreisausschuss den Vertrag beschließt.

Herr Dornquast merkt an, zu der Problematik „Neue Galerie“ wurde im Ausschuss eine Festlegung getroffen, die im Protokoll einsehbar ist. Der Verein steht kurz vor der Gründung. Das Konzept wird in der Sitzung des Ausschusses im April 2012 vorgestellt.

Er hat auch aktuell die Analyse bekommen, wie die Gemeinden, die Kitas sowie Schulen von der Fahrbibliothek versorgt werden und möchte diese bei der nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellen.

Frau von Schrötter findet es wichtig und gleichzeitig schwer über konkrete Sparmaßnahmen zu diskutieren. Ihrer Meinung nach müssten die Abgeordneten zunächst in den Fraktionen über Sparmaßnahmen und deren Auswirkungen diskutieren. Das Ergebnis sollte dann unter den Haushaltsgesichtspunkten in den Haushaltskonsolidierungsausschuss gegeben werden und parallel in die fachliche Diskussion. Weiter meint sie, für die Diskussion sollte es auch eine nichtöffentliche Möglichkeit geben, um zu vermeiden, gleich Gegner einer bestimmten Sache zu werden.

Die Prüfung des Haushaltsplanes durch den Haushaltskonsolidierungsausschuss findet Frau Andrae zu zeitaufwendig. Sie ist der Meinung, die relevanten Dinge, für die der jeweilige Ausschuss zuständig ist, sollte dieser jeweils selbst behandeln. Die Ergebnisse sollten dann dem Haushaltskonsolidierungsausschuss vorgeschlagen werden, der dann ggfs. die Verwaltung um Prüfung bittet.

Frau von Schrötter begrüßt diesen Vorschlag. Sie findet es aber wichtig, sich zu verständigen und fragt daher, ob bei der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Liste der zu überprüfenden Positionen als ein Tagesordnungspunkt behandelt werden soll. Sie selber würde gerne Rücksprache mit ihrer Fraktion nehmen, da ihrer Meinung nach „Schnellschüsse“ auch vieles schwieriger gestalten können.

Frau Hartfelder schließt sich der Meinung von Frau Schrötter an, einen neutralen Ausschuss über Haushaltspositionen beraten zu lassen. Sie fühlt sich in vielen Dingen, die in diesem Ausschuss beraten werden, befangen. Da sie sich sehr für die Bildungs- und Sportpolitik einsetzt, möchte sie dort keine Kürzung. Andererseits sieht sie die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts. Weiterhin erinnert sie an die Diskussion vor einem Jahr in diesem Ausschuss über die unentgeltliche Vergabe der Heimatkalender an die Abgeordneten. Sie möchte auf den Heimatkalender nicht verzichten, aber bezahlen. Daher richtet sie die Frage an Herrn Giesecke, ob dieses Thema auch im Kreisausschuss diskutiert worden ist.

Herr Giesecke antwortet, dieses Heimatjahrbuch dient u. a. dazu, den Abgeordneten für ihre ehrenamtliche Arbeit zu danken.

Herr Lehmann merkt an, dass die Förderung der Stelle der Geschäftsführerin des Kreissportbundes zwingend erforderlich ist. Diese Förderung kommt allen 180 Sportvereinen, die im Kreissportbund organisiert sind, zugute.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Daher bittet sie um Abstimmung, dem Kreistag zu empfehlen, den Haushaltsplanentwurf 2012 so zu beschließen.

**Ja-Stimmen: 4    Nein-Stimmen: 2    Enthaltungen: 2**

Damit wird der Entwurf des Haushaltes 2012 dem Kreistag empfohlen.

## **TOP 5** **Sonstiges**

Herr Lehmann erinnert, dass die Sportförderrichtlinie für 2012 mit den Kriterien für die Förderung beschlossen wurde. Da die nächste Sitzung des Ausschusses erst im März sowie die Frist für die Antragstellung Ende April abläuft, hält er es aufgrund dieser Zeitschiene für erforderlich, ein Kriterium für 2012 festzulegen. Er schlägt als Schwerpunkt den Kinder- und Jugendsport vor.

Aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres macht Herr Giesecke den Vorschlag, die Einreichungsfrist evtl. bis zum Mai zu verlängern. Er rechnet damit, dass der Haushalt Ende Februar vom Kreistag beschlossen und im Sommer vom Innenministerium genehmigt wird. Somit bliebe noch genügend Zeit für den Ausschuss, die Anträge zu bearbeiten. Die Vereine wüssten im Sommer, ob sie die Förderung erhalten und diese könnte dann zeitnah ausgezahlt werden.

Herr Lehmann betont, dass es ihm nicht um die Verfahrensweise geht, sondern um das Kriterium bzw. das Thema der Förderung 2012.

Frau von Schrötter erteilt Frau Kaminski, Fachkoordinatorin für Sport, das Wort.

Frau Kaminski berichtet, dass in den Sportvereinen etwa 8.000 Kinder und Jugendliche vertreten sind und sieht daher auch den größten Bedarf bei dem Thema „Kinder- und Jugendsport“. Es könnten auch Kriterien gewählt werden wie z. B. „Migranten“ oder „Frauen und Mädchen“. Sie befürchtet aber, dass die Vereine aufgrund der Antragstellung 2011 etwas zurückhaltend sind. Daher würde ein Thema, das noch nicht erprobt worden ist, dem eigentlichen Ansinnen der Sportförderung etwas zuwiderlaufen. Bei dem Thema „Kinder- und Jugendsport“ gibt es schon Erfahrungen.

Herr Giesecke berichtet von einem Gespräch mit einem aktiven Sportler, der als Jahresbeitrag 50 € zahlt. Er schlägt vor, auf die Beitragssatzung der Vereine zu achten, die durch den Landkreis gefördert werden. Er findet es nicht richtig, dass die Vereine berufstätige Erwachsene subventionieren, die eigentlich einen höheren Beitrag leisten könnten, es sich aber nicht leisten können, die Jugendarbeit zu subventionieren.

Frau von Schrötter stellt fest, dass es zu dem Vorschlag von Herrn Lehmann, über das Kriterium der Sportförderung 2012 in dieser Sitzung zu entscheiden, keine Gegenrede gibt. Sie

bittet um Abstimmung, das Thema der Förderrichtlinie im Veranstaltungsbereich auf „Kinder- und Jugendsport“ festzulegen.

### **Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)**

Sie bittet die Verwaltung, dieses Thema den Vereinen mitzuteilen.

Auf Nachfrage von Frau Andrae erklärt Frau von Schrötter, dass Verständnisfragen zur Sportentwicklungsplanung in der nächsten Sitzung geklärt werden.

Herr Lehmann ergänzt, dass protokollarisch festgelegt wurde, die Diskussion auf die Sitzung des Ausschusses im März 2012 zu verlegen, da dann der Rücklauf aus den Kommunen da ist.

Frau von Schrötter erteilt Herrn Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes, das Wort, der die Abgeordneten über den aktuellen Stand der Inklusion informieren möchte. Herr Otto weist noch einmal darauf hin, dass ab dem Schuljahr 2015/16 an den Förderschulen mit den Schwerpunkten „Lernen“, „emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“ keine Einschulungen mehr vorgenommen werden. Das bedeutet nicht die Schließung der Schulen ab diesem Schuljahr, sondern sie werden sukzessive auslaufen. Geklärt werden muss die spätere Nutzung der Schulgebäude. Ab dem nächsten Schuljahr soll in Pilotschulen die Aufnahme auch von Kindern mit Behinderungen des jeweiligen Schulbezirkes erprobt werden. Dazu wurden alle Grundschulen angeschrieben und über die Grundsätze informiert, die dazu gelten. Weiter führt Herr Otto aus, am 26.01.12 wird unter den Schulen, die sich beworben haben, eine Auswahl getroffen und diese werden dann dem Bildungsministerium vorgeschlagen. In dieses Verfahren sind die Schulträger mit einbezogen, auch wird der Landkreis bei der Festlegung der entsprechenden Rangfolge beteiligt. Zu den Konditionen, die diese Schulen dann bekommen, führt er Folgendes aus: Diese Grundschulen sollen in der Lage sein, alle Kinder aufzunehmen, die in ihrem Schulbezirk wohnen. Da nicht bekannt ist, wie viele von diesen Kindern eine entsprechende Förderung brauchen, bekommen diese Schulen pauschal für 5 % ihrer Gesamtschülerzahl 3,5 Stunden zusätzlich. Zum Beispiel erhält eine einzügige Schule mit ca. 140 Schülern einen zusätzlichen Lehrer. Dieser sollte dann möglichst ein Sonderpädagoge bzw. eine Sonderpädagogin sein, um diese gezielte Förderung vornehmen zu können. Zusätzlich wurde vereinbart, dass die Klassenfrequenz abgesenkt wird. Es soll ein Durchschnittswert von 23 Schülerinnen und Schüler für diese Schulen gelten. Begleitet werden soll diese Pilotierung durch Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer und eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung. Herr Otto erklärt abschließend, dass er im nächsten Ausschuss informieren wird, welche Schulen ausgewählt wurden.

Frau Schröder findet einen zusätzlichen Sonderpädagogen für 180 Schüler/innen für einen qualitativen Unterricht zu wenig. Sie möchte von Herrn Otto die Meinung der Grundschulen zu diesem Thema erfahren.

Herr Otto erklärt, diese Zahl orientiert sich daran, wie groß der Förderbedarf im Moment ist. Es ist ein Durchschnittswert, dass 5 % der Kinder diesen Förderbedarf haben. Diese werden im Moment in den Förderschulen beschult mit diesem Schlüssel von 3,5 Stunden je Schüler. In den Förderschulen haben sich aber entsprechende Lerngruppen gebildet, was an den einzügigen Grundschulen nicht möglich sein wird. Aber in den Fächern können die Schüler/innen dann durch Sonderpädagogen begleitet werden. Ob das ausreichend sein wird, soll dieser Versuch zeigen.

Frau von Schrötter fasst abschließend zusammen, der Ausschuss sollte sich zum dem Thema „Inklusion“ nicht unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ verständigen. Zum Schul-

jahresbeginn wird dieses Thema konkreter. Sie schlägt vor, das Thema „Inklusion“ eventuell schon auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses zu setzen. Für den Landkreis hat die Inklusion auch insofern Auswirkungen, da es sich um kreisliche Schulen handelt und somit die Weiternutzung der Gebäude geklärt werden muss.

Da keine weiteren Themen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen, beendet Frau von Schrötter die Sitzung und wünscht allen eine gute Heimfahrt.

Datum: 09.02.2012

---

gez. Ria von Schrötter  
Die Vorsitzende

---

Heike Linke  
Protokollantin